Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14101 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel. Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 7. Juni 1926 — Nummer 129

Alle Kraft für die Fürstenenteignung!

Hindenburg für die fürstlichen Räuber — Ein bezeichnender Briefwechsel

Jedem Arbeiter war es klar, daß jetzt die Freunde der fürstlichen Räuber alle Mittel anwenden werden, um der Bewegung für die Enteignung der Fürsten eine Niederlage zu bereiten. Die Enteignung ist eine Machtprobe der arbeitenden Bevölkerung gegen die Reaktion. Gerade jetzt können alle die arbeitenden, die enteigneten Kleinbürger sehen, wo ihre Feinde sind. Jetzt können sie erkennen, welche Zeitungen für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung streiten. Die gesamten bürgerlichen Parteien, das ganze Heer der bürgerlichen Zeitungen stehen auf der Seite der Raubfürsten. Sie alle, die sonst über eine Notlage brüllen, die keinen Pfennig für Erwerbslosen- und Altersunterstützung bewilligen wollen, sie wollen den Fürsten 2½ Milliarden in den Rachen werfen. Dabei suchen sie den Kleinbürger mit den fadenscheinigsten Mitteln ...

Der „Dresdner Anzeiger", das Stiftungsorgan der Deutschen Volkspartei in Dresden, widmet dem edlen Kampf für die Fürsten am Sonntag mehr denn eine ganze Seite. M. Frölich stürzt sich in geistige Unkosten, um Mitbürger vom „frevlen" Werke abzumahnen. Um die Leser seines Spießerblattes zu schrecken, schreibt Frölich frei und frech, daß die Kosten eines Volksentscheids das gesamte Volk, also die Kommunisten und Sozialdemokraten, nun selbst zu tragen hat. Welche Kosten, verschweigt der Schmockfrost. Dieses Verschweigen soll dem geängstigten Bürger eine unfaßbare Gefahr vorgaukeln, vor der er zurückschrecken soll. Die werktätigen Massen, die zum Volksentscheid gehen, wissen aber, daß die Kosten die Fürsten tragen sollen. Aber Frölich schweigt; hätte er gesagt, daß er warne vor den paar Mark Wahlkosten, die aufgeboten werden, um 2½ Milliarden zu retten, dann hätte selbst der engstirnigste Spießer gelacht. Aber das schwarze Gespenst ist aufgestellt, um zum Weiterlesen des armseligen Ergusses Anreiz zu geben. So kommt denn nun als nächstes eine Verbeugung vor den durch die Inflation bis aufs Hemd ausgeplünderten armen Teufeln, die nur noch auf die Inflationstrümmer ihrer Habe zurückblicken, und denen es jetzt an Kraft gebricht, sich ein neues Leben zu zimmern. Ueber dieses Bedauern kommt man nicht hinaus. Man wehrt sich gegen die Enteignung der Fürsten, durch die gerade diesen armen Teufeln auch geholfen werden soll.

Da Frölich wenig Positives sagen kann, da er nicht den Mut hat, den Arbeitenden, den Inflationsgeschädigten zu sagen: wir sind brutal dafür, daß ihr krepiert, aber dafür, daß die Fürsten ihre Gelder und Besitzungen erhalten, ergeht sich Frölich in Orakeln, deren Unklarheit den Spießer schrecken soll. Dann folgt ein Versuch, die Sozialdemokraten aus der Front gegen die Fürsten herauszubrechen. Frölich kennt seine Pappenheimer, doch diesmal dürfte der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter stärker sein als die ständige Bereitschaft der Führer zum Verrat. Daß die Kommunisten die Propaganda betreiben, ist verständlich, denn „sie leugnen die Notwendigkeit der Entfaltung gültiger, oder doch wenigstens vorhandener, in immer höheren Lebensformen". Das liest sich wie eine Geheimbeschwörung und der moralisierende Spießer wird sich staunen über die „Tiefgründigkeit" dieses Geschreibsels. Aber wir erlauben uns die bescheidene Frage, was hat der Raubzug der Fürsten mit der Entwicklung neuer Lebensformen zu tun?

Wir sind überzeugt, Herr Frölich wird uns die Antwort auf diese bescheidene Anfrage schuldig bleiben. Wir wissen aber, daß die Enteignung der Fürsten, um in der moralisch-mystischen Sprache zu bleiben, viel eher etwas mit neuen Lebensformen zu tun hat.

Endlich einmal würde den Räubern ein Teil des geraubten Vermögens wieder fortgenommen. Dann aber soll und muß mit den Erträgnissen dieses Vermögens den Opfern des Krieges, der Arbeit und der Inflation geholfen werden. Das ist sicherlich eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit.

Der Allgemeinheit der Steuerzahler können dadurch eine Menge Lasten abgenommen werden. Deswegen ist das Auslegen des Artikels 153 auch absolut unrichtig. Unrichtig ist es, im Sinne der bürgerlichen Begriffe von Vermögensbeschlagnahme zu sprechen. Wo ist denn festgelegt, was Fürstenvermögen oder Eigentum der Nation? Die Fürsten haben die Ansicht vertreten, daß alles ihr Eigentum sei. Gerade Sachsen ist ein Musterbeispiel dafür. An keiner Stelle war festzustellen, was den Wettinern zum „Eigentum" gehörte. Deswegen schloß man doch einen Vertrag auf Ausgleich, man schenkte dabei den Fürsten erheblich nach ihren Ansprüchen. Das kleine Intermezzo der jetzt von Cäcilie geklauten Sevresvasen ist auch ein Beispiel dafür, wie Fürsten „ihr Vermögen" erwarben.

Für die Fürsten besteht absolut kein „Rechtsanspruch", im Gegenteil, jeder Pfennig, der den Fürsten gegeben wird, wird ihnen selbst nach den bürgerlichen Begriffen zu „Unrecht" gegeben. Das wissen die Reaktionäre, das weiß Frölich. Er empfiehlt deswegen eine „Rechtsgültigkeit" herzustellen, die Frage einem Staatsgericht zu überweisen. Wir brauchen hier nicht darauf einzugehen. Die Rechtsgültigkeit werden die arbeitenden Massen, die Betrogenen der Inflationszeit am 20. Juni im Volksentscheid herstellen.

Dort werden die Millionenmassen für die Enteignung der Fürsten stimmen.

Die Reaktionäre wissen, daß die Massen sich mit kindischen Schreckmitteln nicht von der Abgabe ihrer Stimme werden zurückhalten lassen. Sie wissen, es geht um eine politische Entscheidung, es geht darum, ob die Reaktion einen weiteren Schritt in Deutschland vorwärts marschiert.

Der Manager der Hindenburgwahl, der Bürgerratsvorsitzende v. Löbell, zieht deswegen den Nationalheiligen Hindenburg in die Bewegung. v. Löbell hat an Hindenburg einen Brief geschrieben, in dem er diesen um eine Stellung zum Volksentscheid angeht. Hindenburg hat darauf geantwortet, daß er offiziell zu dieser Angelegenheit nichts sagen könne, daß er aber persönlich gegen die Fürstenenteignung sei. Diese Mitteilung soll nun als Hauptschlager der Nationalisten in den Kampf geworfen werden.

Der „Vorwärts" jammert über diese Haltung des schwarz-weiß-rot-goldenen Präsidenten. Er klagt über Vertrauensbruch und über die „schlechten Berater" des Reichspräsidenten, die den alten, unwissenden Herrn wieder einmal nicht gewarnt haben. Jetzt würde die Präsidentenwahl erneut in den Vordergrund gestellt an Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung.

Dieses Gejammere der „Vorwärts"leutchen zeigt nur, daß die Sozialdemokraten dem eigentlichen Kampf um die Durchführung des Volksentscheids ausweichen wollten. Getrieben von den Massen ihrer Anhänger, beteiligen sie sich am Volksentscheid, nach der Abstimmung sind sie bereit, die Sabotage der Reaktionäre zu unterstützen und gegen die werktätigen Massen zu stehen.

Stresemanns Erklärungen, daß sich keine Regierung finden werde, die den Volksentscheid durchführe, waren und sind eine Kampfansage, hinter der alle Kreise der Nationalisten und damit auch der Reichspräsident stehen. Die Völkischen künden den Putsch — die Regierung den Staatsstreich an. Der „Vorwärts" aber will seinen Lesern glauben machen, daß der Reichspräsident all diesem Treiben fernstehe.

Wenn die Nationalisten, nachdem all ihre Drohungen auf die breiten Massen nur den einen Eindruck gemacht haben, daß die Stimmung für die Enteignung der Fürsten ständig gewachsen ist, jetzt die Person von Hindenburg in den Kampf werfen, ihn nicht mehr im Hintergrund lassen können, so ist das ein Zeichen gerade des gewaltigen Anwachsens der Bewegung.

Jetzt sollen nochmals die patriotischen Gefühle aufgepeitscht werden. Deswegen schreibt v. Löbell in der „Deutschen Tageszeitung":

„Wenn der Volksentscheid höchstens fünfzehn Millionen Ja-Stimmen für das sozialistisch-kommunistische Enteignungsgesetz bringt, dann ist zwar die Staatskrise, die bei siegreichem Volksentscheid entstehen müßte, vermieden. Die Sozialdemokratie wird aber nicht ruhen, um wenigstens die von ihr erstrebte Krisis des Parlaments, und die von ihr auch ganz bewußt betriebene Präsidentenkrisis doch noch zu erreichen. Es ist ganz selbstverständlich, daß dabei das wirkliche Ziel der machtpolitischen Bestrebungen der Linken darin besteht, den einzigen sicheren Faktor ruhiger staatspolitischer Entwicklung, den wir in Deutschland haben, den Einfluß des Reichspräsidenten von Hindenburg zu brechen."

Und deswegen schreibt die „Tägliche Rundschau":

„Die Bewegung richtet sich zunächst auf eine radikale Umgestaltung des Reichstags, dann aber auf die **Beseitigung Hindenburgs** als Präsidenten. Man weiß genau, daß Hindenburg einem Volksentscheide, der auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen lautet, seine Zustimmung nicht geben kann, und daß er auch den Maßnahmen eines von der Weimarer Koalition beherrschten Reichstages Widerstand entgegensetzen muß. Man wünscht diesen Kampf, um zu einer **neuen Präsidentenwahl** zu gelangen und in der neuen Wahl einem von der Sozialdemokratie gestellten oder doch gebilligten Mann auf den Präsidentensessel des Deutschen Reiches zu verhelfen. Der Volksentscheid ist, darüber sollte man sich nicht im unklaren sein, **auch eine neue Hindenburgwahl**."

Man fürchtet den gewaltigen Massenstrom, der Retter soll nochmals retten. Wenn dann der „Vorwärts" noch den Retter als die unschuldig vergewaltigte Jungfrau hinstellt, begeht er ein Verbrechen an den Arbeitern. Wir haben seine Gründe oben schon angegeben.

Die betrogenen und getäuschten Hindenburgwähler werden auch auf diesen neuen Trick der Reaktion nicht hereinfallen.

Die Kommunistische Partei hat von Anfang an aber die Arbeiterschaft keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen, daß mit dem Abstimmungsergebnis der Kampf nicht entschieden sei. Daß darüber hinaus der Kampf gegen den reaktionären Reichstag und die reaktionäre Regierung, der Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden muß.

Es gilt, zum Volksentscheid alle Kräfte zusammenzufassen. Es gilt aber darüber hinaus den Block herzustellen, der alle Sabotage bricht, aber Schluß macht mit der Reaktion, und der die Faschisten schlägt, wenn sie es wagen sollten, anzugreifen.

Dieser Block muß gebildet werden durch die Bildung von Einheitskomitees in Ort und Dorf.

Alle Opfer des Kapitals, alle Gegner des Fürstenraubzuges müssen jetzt zusammengefaßt werden zum Sieg über die Feinde der Werktätigen, zur Niederschlagung der Fürstenfreunde.

Spaltung im Zeichen der Parteivorstandspolitik

Gründungsparteitag der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Dresden, 6. Juni.

Die 23 ausgeschlossenen sozialdemokratischen Koalitionspolitiker in Sachsen haben die Grundlagen zu einer eigenen Partei gelegt. Im selben Saale, der Schauplatz ihrer jahrelangen Koalitionspolitik gegen das sächsische Proletariat war, hielten sie ihren Gründungsparteitag ab.

Zwei Tendenzen beherrschten diesen Parteitag, der von 71 Delegierten, 22 Landtagsabgeordneten und einer Reihe geladener Gäste besucht war. Die eine Tendenz war: Abspaltung nur zur Ermöglichung der Durchführung **einer konsequenten, von allen Massenstimmungen unbeeinflußten Koalitionspolitik und Druck auf den sozialdemokratischen Parteivorstand, eine solche Politik im Reichsmaßstabe durchzuführen**, wie sie vom Heidelberger Parteitag festgelegt wurde.

Die andere Tendenz klang mehr oder weniger vernehmlich in den Reden aller Delegierten durch und dient als wichtigstes Druckmittel auf den Parteivorstand: Aufziehung einer eigenen Partei mit allen Konsequenzen einer solchen. **Verhandeln mit dem Parteivorstand als Macht gegen Macht**, selbständige Führung des Landtagswahlkampfes, der eine neue politische Basis für die Fortsetzung der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, aber auch eine neue Basis für den Druck auf den Parteivorstand im Sinne einer Rechtsschwenkung der gesamten Taktik im Reichsmaßstabe geben soll. Unter solchen Umständen Rückkehr in die Sozialdemokratische Partei bei Erledigung der linken Strömungen und Stimmungen. Die 23 ausgeschlossenen Abgeordneten verzichten auf den Kampf im Rahmen der Gesamtorganisation mit der Drohung, durch ihr selbständiges Auftreten den Parteivorstand zur Rückkehr auf seinen alten Standpunkt im Sachsenkonflikt zwingen zu wollen: „Wir wollen nicht, aber es kann eine Situation kommen, wo die Verhältnisse stärker sind als wir!" formulierte Bethke.

Die Aufgabe der Verwischung dieses inneren Gegensatzes, der an der Wiege dieser neuen alten Partei steht, fiel dem Dresdner Kreishauptmann Buck zu. Er ist so richtig der Mann für diese hönett gewordenen sozialdemokratischen Spießbürger, die der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holen, gesichert mit den Zwirnhandschuhen gehobener Lebenslage und dem sauberen Vorhemd moralischer Entrüstung und provinzieller Krähwinkelei. Mit großem Geräusch plätscherte Buck im parlamentarischen Fischteich der letzten Jahre. Von sozialen Gegensätzen und Klassenkampf kein Wort. Er spielt keine Rolle mehr für diese Agenten der Bourgeoisie, in deren Phrasenschatz sich noch die abgeblaßte Erinnerung vom „Evangelium des Sozialismus" befindet. Man braucht das, obwohl für den Hausgebrauch der einfache Knechtsdienst, die Aufstellung des Etats nach den Wünschen der Bourgeoisie, die Ablehnung des Achtstundentages für die sächsischen Staatsbetriebe genügt, für die Arbeiter, deren Stimmung man fangen will.

Um den Kernpunkt geht Buck vorsichtig herum. „Ich will auf das berühmte Kapitel 1923 nicht eingehen," sagt er **und unterschlägt Reichswehreinmarsch und die Bildung der Koalitionsregierung im Einverständnis mit dem Parteivorstand.** Koalitionspolitik in Sachsen soll Stützung der Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe sein. „Wir haben die Pflicht, in diesem Staate eingenommene Positionen zu halten und auszunutzen," erklärt Buck.

Für das selbständige Auftreten im Wahlkampf gibt Buck eine Begründung, die zeigt, daß der noch immer vorhandene innere Zusammenhang zwischen linken und „alten" Sozialdemokraten durch den Gegensatz zu den Kommunisten bedingt wird. **„Wir werden durch unser selbständiges Vorgehen im Wahlkampf eine Schwächung der Wählerzahl der sozialdemokratischen Parteien verhindern. Wir werden verhindern, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wähler für die Kommunisten stimmt,** sondern ihre Stimme den linken Sozialdemokraten geben wird."

Der Landtagswahlkampf als Spiel mit verteilten Rollen — die „alten" Sozialdemokraten versuchen, die Kleinbürger einzufangen, die Linken können ungehemmt durch die Belastung der Koalitionspolitik radikale